

Liebe Mainzerinnen und Mainzer,

die ÖDP ist dank Ihrer Unterstützung seit nunmehr 15 Jahren im Mainzer Stadtrat vertreten. Wir stehen für eine Kommunalpolitik aus Überzeugung und mit persönlichen Überzeugungen. Was das bedeutet? Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben über Mainzer Sachthemen zur ÖDP gefunden, nicht über Parteibücher oder den Wunsch nach einer politischen Karriere. Zu unserer sachorientierten Arbeit gehört auch, dass die ÖDP keinerlei Firmenspenden annimmt. Hierdurch sind wir frei von jeder Einflussnahme durch Lobbying. Viele Aktive der ÖDP sind oder waren Mitglieder in einer Mainzer Bürgerinitiative. Der Wunsch nach mehr direkter Bürgerbeteiligung und der enge Austausch mit den Mainzerinnen und Mainzern ist uns darum ein ganz natürliches Anliegen. Dafür steht das „D“ wie „Demokratisch“ in unserem Namen. Unsere ehrenamtliche Aufgabe verstehen wir als Auftrag, Politik für alle Menschen in Mainz zu betreiben. Unsere Grundüberzeugungen als Menschen, die in einer Ethik verwurzelt sind, die alles Leben achten, behalten wir dabei immer im Blick. Das bedeutet nicht nur, dass wir das „Ö“ für „Ökologisch“ in unserem Namen ernst nehmen. Wir stellen uns auch klar gegen jede Form von Extremismus, Fremdenhass oder Diskriminierung. Gemeinsam mit allen Menschen, die in unserer Stadt leben, wollen wir unser liebenswertes Mainz lebenswert gestalten.

Das spiegelt sich auch in unseren Schwerpunktthemen für Mainz wider, die wir Ihnen mit diesem Wahlprogramm geordnet nach dem Alphabet vorstellen möchten.

Das Wahlprogramm wurde von der ÖDP-Mitgliederversammlung am 11. März 2019 beschlossen.

Ihr Dr. Claudius Moseler

Kommunalwahl Mainz 2019 – Wahlprogramm der ÖDP

Inhalt

Bürgerbeteiligung.....	3
Chancengleichheit und Teilhabe.....	4
Diesel-Skandal.....	5
Ernährung	5
Familien.....	6
Feuerwehr	6
Fluglärm.....	6
Gutenberg-Museum.....	7
Historisches Mainz.....	7
Hundesteuer	8
Kommunale Daseinsvorsorge.....	8
Kulturangebote und Feste	8
Ludwigsstraße.....	9
Nachverdichtung	9
Naturschutz und Naherholung.....	10
ÖPNV.....	11
Polizei vor Ort.....	11
Radfahren	12
Sanierung Rathaus und andere Verwaltungs-standorte.....	12
Sauberkeit und Farbschmierereien	13
Schule und Bildung.....	13
Stadt- und Baugestaltung.....	15
Steinbruch.....	16
Transparenz.....	16
Umwelt	17
Verkehr	17
Wetterextreme.....	18
Wirtschaft	19
Wohnungsbau	21
Zentrenkonzept.....	22

BÜRGERBETEILIGUNG

Der Bürgerbeteiligungsprozess zu Projekten muss in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung geregelt werden, darf aber nicht den politischen Diskurs ersetzen. Grundvoraussetzung für eine gelungene Bürgerbeteiligung ist die frühzeitige Information durch die regelmäßige und vollumfängliche Veröffentlichung der aktuellen Projektliste, die leicht zugänglich für mehr Transparenz bei kommunalen Projekten sorgt. Es ist weder zeitgemäß noch ausreichend, Termine und Themen ausschließlich im Amtsblatt oder in einer Tageszeitung anzukündigen. Beteiligungskonzepte sind über alle Projektphasen hinweg erforderlich und Ergebnisse müssen transparent kommuniziert werden, um ein breites Meinungsbild zu ermöglichen. Im Anschluss sollten die Bürgerinnen und Bürger per Online-Voting abstimmen können, um so dem Stadtrat auf breiter Basis ihre Wünsche zu vermitteln. Dies kann dem Stadtrat als Entscheidungshilfe dienen. Nach dem Bürgerbeteiligungsverfahren muss ausreichend und rechtzeitig über die Beschlüsse aus den Gremien informiert werden, um so die Möglichkeiten für einen Bürgerentscheid sicherzustellen. Die Leitlinien sollen die Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 17a der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz nicht ersetzen. Transparenz und vor allem Kommunikation mit der Bürgerschaft und den Bürgerinitiativen sind für diesen Prozess enorm wichtig. Eine Bürgerversammlung, in der ab und an über den Prozess berichtet wird, ist zu wenig. Aus diesem Grund sehen wir es als einen großen Fehler an, dass die Bürgerinitiativen an der Entwicklung der Leitlinien gezielt nicht beteiligt wurden.

Viele Abläufe und Projekte in unserer Gesellschaft würden ohne ehrenamtliches Engagement überhaupt nicht existieren und nicht in bisher gewohnter Weise funktionieren. Daher sollte die Stadt ehrenamtliche Angebote grundsätzlich pflegen und eine klare Wertschätzung für diesen Einsatz vermitteln. Mainz sollte alles daransetzen, bürgerschaftlich engagierte Menschen oder Vereine nicht in die Rolle lästiger Bittsteller zu drängen.

Wir fordern die Einführung des Kommunalen Bürgerhaushalts, damit die Mainzerinnen und Mainzer in der Ausgabenpolitik der freiwilligen Leistungen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mitbestimmen können.

Die Ortsbeiräte brauchen mehr Kompetenzen. Sie müssen den Ausschüssen des Stadtrates gleichgestellt werden, um Projekte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort realisieren zu können. Stadtverwaltung und Stadtvorstand müssen auch die Ortsvorsteher stärker in Verwaltungsabläufe einbinden und rechtzeitig informieren. Den Mainzer Ortsteilen ist im Rahmen des städtischen Haushaltes ein substantieller eigener Verfügungsrahmen zu gewähren (Zuweisung entsprechend der Einwohnerzahl), denn vor Ort können viele Entscheidungen effizienter getroffen werden.

CHANCENGLEICHHEIT UND TEILHABE

Bei kommunalen Planungen im öffentlichen Raum müssen Behindertenbeirat und Seniorenbeirat regelmäßig über Veränderungen informiert und zur Stellungnahme eingebunden werden. Im Detail fordern wir zugängliche Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Bushaltestellen und vor allem, dass sich Maßnahmen und bauliche Veränderungen nicht nachteilig auf die Barrierefreiheit auswirken (z.B. zu eng gestellte Poller). Eine Lösung benötigen wir auch bei der Müll- und Sperrmüllabfuhr: Tonnen oder Sperrmüll dürfen nicht die Bürgersteige versperren. E-Scooter für mobilitätseingeschränkte Menschen müssen vom öffentlichen Nahverkehr mitgenommen werden. Für Blinde und Sehbehinderte ist es notwendig, dass an großen Kreuzungen Signalampeln installiert werden, die man gut hören kann. Im öffentlichen Nahverkehr muss die akustische Ansage in den Fahrzeugen auch eingeschaltet sein. Öffentliches und privates Bauen muss grundsätzlich Barrierefreiheit sowie die Belange von Blinden und Sehbehinderten berücksichtigen. Leider gibt es dazu noch keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen.

Integration ist für die ÖDP keine Einbahnstraße. So fordern wir auch die Ermöglichung an gesellschaftlicher Teilhabe von Zugewanderten, z.B. durch Sprachangebote.

DIESEL-SKANDAL

Vieles hätte bereits in den vergangenen sieben Jahren, seit die Diskussion um den Diesel schwelt, umgesetzt werden können. Ideen und Anträge im Stadtrat dazu hat es vor allem von der ÖDP genügend gegeben. Wir fordern nichts weniger als

- eine echte Verkehrswende (siehe auch Ö wie ÖPNV, R wie Radfahren und V wie Verkehr),
- den Erhalt der verbliebenen Frischluftschneisen und
- die Verbesserung der Stadtluft durch intelligente Stadtentwicklung.

Wir halten an diesen Forderungen fest und lassen nicht zu, dass der Oberbürgermeister sich weiter mit der Mantra-artigen Wiederholung seiner bisherigen Fehleinschätzung begnügt und behauptet, dass es kein Dieselfahrverbot für Mainz geben wird. Wir drängen darauf, dass der Stadtvorstand die Wurzel des Problems, die schlechten Luftwerte, bekämpft und damit den Gesundheitsschutz aller Menschen in Mainz ernst nimmt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht die Zeche für die Profitgier der Automobilindustrie und die Untätigkeit der Politik bezahlen.

Darüber hinaus muss die Reduzierung von Feinstaubemissionen auch in den Bereichen Industrie, Hausbrand sowie Schiffs- und Flugverkehr angestrebt werden.

ERNÄHRUNG

Die Verpflegung in städtischen Kindertagesstätten in Mainz muss schrittweise auf Frischküche umgestellt werden. Auch bei der Planung von Neu- und Umbauten von städtischen Kindertagesstätten soll der Einbau einer Frischküche von vorneherein geprüft und ermöglicht werden.

FAMILIEN

Zur Verzahnung mit allen Politikfeldern fordern wir die Einführung von kommunalen Familienbeiräten. Die Aufgaben des Familienbeirats sind die Prüfung der Familienverträglichkeit bei kommunalen Planungen, Maßnahmen, Dienstleistungsangeboten, familienorientierten Aktionen und Veranstaltungen sowie die Erstellung eines städtischen Familienberichts. Die ÖDP steht ein für Chancengleichheit für Frauen und Männer und setzt dabei vor allem auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (ausreichend Kita-Plätze, Tagesmütter, Erziehungsgehalt, Betreuungsangebote).

FEUERWEHR

Sicherheit geht vor: Die Mainzer Berufsfeuerwehr hat immer noch zu wenig Personal. Offene Stellen müssen dringend besetzt werden. Auch die Freiwilligen Feuerwehren müssen besser unterstützt werden. So sollten die Feuerwehrgerätehäuser in den Mainzer Stadtteilen wohnortnah erhalten bleiben und auf den technisch neuesten Stand gebracht werden. Notwendige Sanierungen sind zeitnah umzusetzen.

FLUGLÄRM

Fluglärm ist leider ein Dauerthema unserer Region, bei dem bislang keinerlei Besserung in Sicht ist. Doch den Kopf in den Sand zu stecken, darf nicht unsere Reaktion sein. Wir positionieren uns mit aller Vehemenz gegen den Fluglärm. Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ist nicht akzeptabel. Fluglärm macht krank!

Wir wenden uns daher auch gegen die Öffnung des Frankfurter Flughafens für Billigflieger. Der weitere Einstieg in das Low-Cost-Segment bedeutet mehr Flugbewegungen, Lärmbelästigung und Feinstaub. Wir fordern ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Ruhezeit von 22 bis 6 Uhr – ohne Ausnahmen. Für sogenannte Verspätungslandungen ebenso wie für den Einsatz

besonders lauter Flugzeuge müssen die Fluggesellschaften spürbar sanktioniert werden.

GUTENBERG-MUSEUM

Den Bürgerentscheid zum Gutenberg-Museum, der auf Betreiben der „Bürgerinitiative Gutenberg-Museum“ entstand, haben wir von Beginn an tatkräftig unterstützt. Dabei ging es uns vor allem auch darum, den Weg für ausreichend neue Ausstellungsfläche zu ebnen, die sich ideal in das bestehende Ensemble einfügt und finanziell exakt durchkalkuliert ist. All dies konnte mit den Planungen zum Bibelturm nicht erreicht werden: Dieser Bau hätte eine nicht-finanzierte Dauerbaustelle mitten in der Stadt vorprogrammiert. Wir drängen darauf, dass die Stadt nun endlich die veränderte Ausgangslage nutzt, um ein neues, tragfähiges und auf einer soliden Finanzierung beruhendes Konzept auf den Weg zu bringen. Dazu müssen auch Gespräche auf weiteren politischen Ebenen geführt werden, wie beispielsweise mit dem Bund und dem Land. Mögliche neue Standorte und zusätzliche Flächen für das Gutenberg-Museum müssen geprüft werden (z.B. Karstadt-Areal mit Pavillons).

HISTORISCHES MAINZ

Das historische Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Die ÖDP setzt sich nicht nur für den Erhalt und den Schutz unserer römischen Denkmäler ein. Wir fordern auch eine würdige Präsentation dieser einzigartigen Bauwerke (römisches Bühnentheater, Römersteine). Geplante Bebauungen wie z.B. an den Römersteinen dürfen das Erscheinungsbild als Gesamtdenkmal nicht beeinträchtigen und müssen ausreichende Abstandsflächen respektieren. Auch die Mainzer Zitadelle muss erhalten werden – hier brauchen wir weiterhin den Dialog von Denkmalschutz und Naturschutz.

HUNDESTEUER

Die Erhöhung der Hundesteuer vor einigen Jahren war aus sozialen Gründen ein Fehler. Die ÖDP fordert, dass für aus Mainzer Tierheimen übernommene Hunde für mindestens ein Jahr keine Hundesteuer erhoben wird. Hierdurch könnten die örtlichen Tierheime entlastet werden. Die Hundesteuer muss verstärkt zweckgebunden verwendet werden, z.B. für Vermeidungs- und Aufklärungskampagnen gegen Hundekot auf Fußwegen und zur Schaffung von Auslaufflächen.

KOMMUNALE DASEINSVORSORGE

Die ÖDP lehnt die geplanten Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, TISA, CETA) ab, die sich durch Demokratiefeindlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen dürfen nicht durch diese Abkommen unwiderruflich privatisiert werden. Wir wenden uns grundsätzlich gegen die Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge (Trinkwasserversorgung, Stromversorgung, öffentliche Nahverkehrsmittel, Wohnungsbau). Sie führt zu hohen Preisen, geringerer Qualität und schlechterer Versorgung. Wir fordern langfristiges, verantwortliches Handeln mit unseren Ressourcen für uns und die nachfolgenden Generationen.

KULTURANGEBOTE UND FESTE

Wir setzen uns für eine Existenz- und Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen wie KUZ, Stadtkino, CinéMayence etc. ein. Wir wollen, dass das Angebot an (vor allem rein kommerziellen) Festen in Mainz kritisch überprüft und neu konzipiert wird. Viele Angebote haben sich zu rein kommerziellen Events entwickelt, die teilweise für die Anwohnerinnen und Anwohner zur Belastung werden. Außerdem führt das Überangebot dazu, dass vielfach die Feste in den Stadtteilen (z.B. Kerbeveranstaltungen) kaum noch besucht werden.

LUDWIGSSTRAÙE

Es herrscht Stillstand im Herzen unserer Stadt, der Ludwigsstraße. Leerstände bei Karstadt, zugeklebte Schaufensterflächen, trostloses Grau zwischen den Pavillons, ein Sammelsurium ohne Konzept und Perspektive. Seit mehr als 20 Jahren reagiert die Stadtspitze nur auf Planungswünsche verschiedener Investoren anstatt ihre ureigenste Aufgabe, die Steuerung des Baurechts, endlich anzupacken. Die ÖDP fordert seit langem eine zeitgemäÙe Anpassung des stimmigen Gesamtkonzepts vom Schillerplatz bis zum Hfchen unabhängig von den wechselnden Wünschen potenzieller Investoren. Das bedeutet, der bestehende Bebauungsplan muss sowohl den künftigen Anforderungen des Einzelhandels als auch den Bedürfnissen der Umwelt angepasst werden. Die Kriterien, die in den „Leitlinien“ zur Ludwigsstraße gemeinsam mit der Bürgerschaft festgeschrieben wurden, sind aus Sicht der ÖDP ebenso wenig verhandelbar wie die Funktion der Ludwigsstraße als Festmeile.

Die ÖDP setzt sich für den Erhalt des öffentlichen Raums und den Verbleib der Plätze zwischen den Pavillons im städtischen Eigentum ein. 1958 skizzierte Stadtplaner Hans Jacobi seine „Vision einer Folge festlicher Plätze“ mit zeitgenössischer Architektur. Wir wertschätzen dieses städtebauliche Konzept als Alleinstellungsmerkmal und stellen uns die Zukunft der Ludwigsstraße als grüne und luftige Flanier- und Festmeile mit hoher Aufenthaltsqualität vor.

NACHVERDICHTUNG

Der Oberbürgermeister verkündet stets mit Stolz die Einwohner-Zuwachsraten und verschlieÙt dabei die Augen vor den Grenzen des Wachstums. Die ÖDP fordert von je her einen Masterplan für Mainz, der mittel- und langfristig MaÙnahmen der Stadtentwicklung skizziert. Hierdurch könnten Planungen besser nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden – statt wie bisher nach Investorenwnschen.

Wir müssen außerdem eine bessere Vernetzung mit dem Umland anstreben.

In Mainz gilt leider die Devise: Der Investor gibt die Marschrichtung vor, füllt die restlichen grünen Flecken in der Stadt entsprechend den Mindestanforderungen des Baugesetzbuchs und spart sich seinen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wo das hinführt, sehen wir z. B. an der massiven Bebauung Am Binger Schlag oder der geplanten Bebauung in den Gärten zwischen Untere Zahlbacher Straße und Am Linsenberg. Daher fordern wir flächendeckend Bebauungspläne, um mit diesem notwendigen rechtlichen Instrument den baulichen Wildwuchs einzudämmen und die notwendige Anhörung der beteiligten Bürger und Ämter zu gewährleisten.

Über abweichende Planungen und geplante Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans entsprechend § 34 Baugesetzbuch darf nur im Einvernehmen der Gemeinde entsprechend § 36 Abs. 1 Baugesetzbuch entschieden werden – das gilt selbstverständlich auch und besonders für Ausnahmen, die Umweltbelange berühren. (Negativbeispiel: gefällt Linde im Martin-Luther-King-Park für ein Bauprojekt). Die betroffenen Gremien wie Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie sowie der betroffene Ortsbeirat sollen rechtzeitig informiert werden. Ihnen soll Gelegenheit zur Stellungnahme und gegebenenfalls zum Einspruch gegeben werden.

NATURSCHUTZ UND NAHERHOLUNG

Wir wollen die Mainzer Naherholungsbiote besser schützen und vernetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass weitere Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiete ausgewiesen werden. Besonders zu schützen sind der Ober-Olmer Wald, der Höllenberg, das Gonsbachtal, der Lennebergwald, der Mombacher Sand, das Rheinufer, der Weisenauer Steinbruch und die Streuobstwiesen an der Bretzenheimer Ziegelei. Alle bestehenden Grünanlagen, z.B. der Grüngürtel zwischen Weisenau und der Oberstadt und der Hartenbergpark, müssen geschützt und

dürfen weder bebaut noch veräußert werden. Das Rheinufer muss soweit möglich entsiegelt und mit Bepflanzung durch weitere schattenspendende Bäume aufgewertet werden.

ÖPNV

Der ÖPNV ist nicht nur eine tragende Säule der Daseinsvorsorge, sondern auch ein Mittel zur Verbesserung der Luftqualität. Die Attraktivität des ÖPNV hängt ab vom Ausbau des innerstädtischen Netzes und der Vernetzung mit dem Umland, einer engen Taktung der Abfahrzeiten vor allem zu den Stoßzeiten sowie der Reduzierung der Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Erschließungslücken im ÖPNV müssen von der Mainzer Mobilität geschlossen werden, z.B. durch Kleinbusse o.ä. Nur wenn der ÖPNV deutlich günstiger und bequemer als die Fahrt und das Parken mit dem Auto in der Stadt ist, können wir die Verkehrswende weg vom Individualverkehr schaffen. Wir fordern eine Prüfung, ob der Ausbau der Mainzer Straßenbahn nach Rheinhessen sinnvoll ist, z.B. nach Ebersheim und anderen Gemeinden.

POLIZEI VOR ORT

Polizei und Justiz wurden in den vergangenen Jahren kaputtgespart. Auch vor Ort ist die Polizeipräsenz nicht immer gewährleistet, Aufgaben können nicht mehr in vollem Umfang wahrgenommen werden. Das Land Rheinland-Pfalz muss daher die Zahl der Polizistinnen und Polizisten deutlich erhöhen, so dass diese vor Ort wieder präsent sein können. Wir unterstützen den Wunsch nach dem „Vertelsbutze“, der Vertrauen und Sicherheit bei der Bevölkerung schafft und mit Ruhe und Verständnis bei Konflikten zur friedlichen Lösung beitragen kann. Darüber hinaus fordert die ÖDP die dringend nötige Sanierung und den Erhalt der Polizeistation in der Mainzer Altstadt (Weißliliegasse).

RADFAHREN

Die ÖDP setzt sich seit Jahren für eine Stärkung des Radverkehrs in Mainz ein. Das Thema wird umso dringlicher, als die Stadt vor der Aufgabe steht, eine umfassende Verkehrswende in die Wege zu leiten. Nicht nur um eine Entzerrung des Autoverkehrs zu bewirken, sondern vor allem auch, um die Belastung der Luft drastisch zu senken. Die Stadt soll Leitlinien für die Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz erstellen. Einen Diskussionsprozess unter breiter Beteiligung aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft möchte die ÖDP dem Leitlinienentwurf vorschalten. Die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht bzw. Sperrung von Radwegen im Mainzer Stadtgebiet hat zu einer umfassenden Diskussion über die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr geführt. Gerade die aktuelle Debatte am Beispiel der Goldgrube zeigt, dass alle politischen Strömungen mehr Radverkehr befürworten, aber der Weg dahin umstritten ist. Aus Sicht der ÖDP brauchen wir sichere, durchgehende und ausreichend dimensionierte Radwegenetze sowie überregional die Einrichtung von Radschnellwegen.

SANIERUNG RATHAUS UND ANDERE VERWALTUNGSSTANDORTE

Das Rathaus muss saniert und zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung und einem zeitgemäßen Arbeitsplatz umstrukturiert werden. Der dafür vorgesehene finanzielle Deckel für die geplante Sanierung des Rathauses darf nicht angehoben werden. „Luxus“, der zu nicht vertretbaren Mehrausgaben führt, ist zu vermeiden. Für die Gebäude der Zitadelle Mainz hat das Baudezernat mit Stand aus dem Jahr 2009 einen Sanierungsbedarf in Höhe von 21 Mio. Euro brutto mitgeteilt. Die Kosten für das Stadthaus sind immer noch unbeziffert. Nur in der Gesamtschau auf alle drei Standorte (Rathaus, Zitadelle, Stadthaus) hätte eine seriöse Planung und verlässliche Kostenaufstellung durchgeführt werden können. Diese Gesamtschau auf die drei

wesentlichen Mainzer Verwaltungsstandorte hat die Ampel-Koalition leider verhindert.

SAUBERKEIT UND FARBSCHMIEREIEN

Die Sauberkeit der Stadt muss auch dadurch verbessert werden, dass – nach dem Braunschweiger Modell – ungenehmigte Graffiti und Farbschmierereien, Müll und Unrat umgehend beseitigt werden. Wir müssen das Signal setzen, dass illegale Farbschmierereien in unserer Stadt nur eine sehr kurze Lebensdauer haben. Wir brauchen eine zentrale Stelle in der Verwaltung, die umgehend die Entfernung illegaler Farbschmierereien koordiniert. Darüber hinaus ist die Straßenreinigungssatzung zu überarbeiten. Der Entsorgungsbetrieb braucht neue kommunale Zielvorgaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entsorgungsbetriebe auch in engen, steilen Gassen die Mülltonnen vor den Haustüren zur Entleerung abholen. Ältere oder gar gehandicapte Anwohnerinnen und Anwohner müssen derzeit die Mülltonnen über weite Strecken und bergauf selbst zu einer Sammelstelle bringen (siehe Weisenau). Es müssen dazu zumindest kostengünstige Serviceleistungen angeboten werden.

SCHULE UND BILDUNG

Wir setzen uns dafür ein, den Kindern unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer familiären Situation gleiche Startchancen für eine gelingende Zukunft zu bieten. Hierzu benötigt Mainz ein ganzheitliches Konzept, das nicht nur kostengünstige und qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten berücksichtigt, sondern besonders auch den Austausch zwischen Kita, Grundschule und weiterführender Schule intensiviert. Das heißt für uns aber auch, dass der Fokus neben dem Thema der „Digitalisierung“ auch auf eine Aufstockung der personellen Unterstützung ausgerichtet sein muss (zweite Kraft in jeder Schulklasse). Dazu muss die Stadt als Schulträger mit dem Land, das für die personelle Ausstattung zuständig ist, ins Gespräch kommen.

Wir setzen uns zudem für Schulsozialarbeiterstellen an allen Schulformen ein. An den weiterführenden Schulen gibt es ausschließlich Schulsozialarbeiterstellen, die über das Landesförderprogramm bezuschusst werden. Während die Schulsozialarbeit an Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen mit der Förderung des Landes ausgebaut wird, bleiben die Gymnasien bisher außen vor. Das entspricht längst nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen, die durchaus auch an Gymnasien bestehen. Da für Schulsozialarbeit an Gymnasien vom Land überhaupt keine Fördermittel bereitgestellt werden und die Förderung an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen begrenzt ist, fordern wir eine Finanzierung über den städtischen Haushalt. Die Kosten für ein Vollzeitäquivalent betragen ca. 50.000 Euro jährlich. Für die sieben staatlichen Gymnasien würden sich die Kosten bei Besetzung mit je einem Vollzeitäquivalent auf jährlich ca. 350.000 Euro belaufen.

Naturwissenschaftliche Bildung und Förderung ist in Zeiten, in denen man ohne Informatikstudium nicht einmal mehr versteht, wie Auto und Telefon funktionieren, enorm wichtig, um nicht abgehängt zu werden. Das kann nicht erst in der Universität beginnen und die Schulen können das auch nicht im notwendigen Maße leisten. Daher wäre es wünschenswert, wenn Initiativen wie z.B. Repair-Café oder die Astronomische Arbeitsgemeinschaft, die Naturwissenschaft und Technik im Programm haben, entsprechend gefördert werden – auch immateriell, z.B. in Form von Räumlichkeiten. Die Angebote erfreuen sich großer Beliebtheit und schaffen Vielfalt und Lebensqualität in Mainz.

Ein Bindeglied zwischen Wissenschaft und Bevölkerung können dabei Akteure aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sein. Ein Beispiel ist die ehemalige Volkssternwarte, mit deren Schließung im attraktiven räumlichen Umfeld zwischen Anne-Frank-Realschule und Naturhistorischem Museum

viel Potential für Synergien verschenkt wurde. Leider befindet sich das Museum nun schon seit Jahren im Umbau, wodurch der Betrieb massiv eingeschränkt ist. Von der durch die Baudezernentin angekündigten Win-win-Situation in Form eines „naturwissenschaftlichen Lern- und Entdeckungsumfeldes“ ist man immer noch meilenweit entfernt.

STADT- UND BAUGESTALTUNG

Wir kämpfen dafür, dass in Fragen der Stadt- und Baugestaltung auch die Stimmen der Betroffenen – und das sind wir alle – angemessen Gehör finden. Die Diskussion über Städtebau und Architektur braucht eine deutlich breitere Basis. Die Vielfalt gestalterischer Ausdrucksformen darf nicht durch Tabus eingeschränkt werden. Das Zitieren von Elementen einer hergebrachten Formensprache und das rücksichtsvolle Eingehen auf einen historischen Kontext dürfen nicht als „vorgestrig“ und „mutlos“ diffamiert werden.

Bei Wettbewerben mit städtebaulich-architektonischen Zielsetzungen im unbeplanten Innenbereich muss vor dem Beschluss über den Auslobungstext eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden – analog dem Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Gleiches gilt für das Verfahren im Vorfeld der Entscheidung über die Realisierung des Entwurfs eines Wettbewerbsteilnehmers.

Die im Planungs- und Gestaltungsbeirat zu erörternden Tagesordnungspunkte müssen rechtzeitig öffentlich bekannt gegeben werden. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern muss in den Beiratssitzungen Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem jeweiligen Bauvorhaben zu äußern.

Im Auslobungstext formulierte Wettbewerbsziele dürfen dem gesetzlichen Einfügungsgebot des § 34 Baugesetzbuch, dem Eingriffsminimierungsgebot des § 2 Abs. 4 Denkmal-

schutzgesetzes und dem besonderen Rücksichtnahmegebot des § 5 Abs. 2 Landesbauordnung nicht zuwiderlaufen oder sie relativieren. Darauf ist in jedem Einzelfall mit Nachdruck hinzuweisen. Insbesondere darf ein Wettbewerbsentwurf einen bauhistorischen Kontext nicht unkenntlich machen.

STEINBRUCH

Die ÖDP unterstützt die Bürgerinitiative „Keine Mülldeponie im Mainzer Steinbruch“ und wendet sich bereits seit Jahren gegen die geplante Mülldeponie direkt in der Nähe des Wohngebiets am Großberghang. Der Entsorgungsbetrieb will auf der Deponie Bauschutt der Klassen I und II für mineralische Abfälle ablagern. Im Genehmigungsverfahren für die Mülldeponie haben sich einige Ungereimtheiten ergeben. Wir werden der Stadt gemeinsam mit der BI auf die Finger sehen bei den weiteren Planungen. Für die ÖDP steht fest: Es dürfen keine belasteten Materialien im Steinbruch Weisenau verfüllt werden.

TRANSPARENZ

Wir setzen uns für öffentliche Sitzungen des Stadtvorstandes sowie der Aufsichtsratsgremien der stadtnahen Gesellschaften ein. Stadtratssitzungen sollen im Internet übertragen werden (Livestream). Der Zugang zu allen öffentlichen Dokumenten der Stadt Mainz muss für interessierte Bürgerinnen und Bürger verbessert und wesentlich bekannter gemacht werden. Wir wünschen uns mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch Nutzung des Internets, z.B. für Übertragungen von politischen Veranstaltungen, Online-Abstimmungen, Foren und kollaboratives Entwerfen und Arbeiten an Lösungsvorschlägen.

Grundsätzlich müssen Dezernentenstellen, Aufsichtsratsmitgliedschaften sowie Führungspositionen der stadtnahen Gesellschaften nach öffentlichen Ausschreibungen und einem transparenten Entscheidungsverfahren fachlich qualifiziert besetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, die Gemeindeordnung so zu ändern, dass auch die hauptamtlichen Beigeordneten zeitlich analog zur fünfjährigen Wahlperiode der Kommunalparlamente zu Beginn der Wahlperiode neu gewählt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass diese entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im neuen Rat politisch unterstützt werden.

UMWELT

Wir brauchen für Mainz eine ganzheitliche, vorausschauende, soziale und ökologische Stadtplanung, die alle Kriterien des städtischen Zusammenlebens betrachtet. Dazu gehören z. B. der Erhalt gewachsener Stadtteile und deren Sozialstrukturen, Festlegungen zu preisgünstigem Wohnraum, ausreichend Flächen für die Verkehrswende, der Schutz der Umwelt und des Klimas. Voraussetzung wäre ein städtebauliches Gesamtkonzept, das die Widerstandsfähigkeit der Stadt auch in Krisenzeiten (siehe auch unter Wetterextreme) gewährleistet. Trotz mehrerer Anträge und Initiativen ließen sich die Stadtspitze und der Stadtrat bislang leider nicht von der Notwendigkeit eines solchen städtebaulichen Gesamtkonzepts überzeugen. Wir fordern die drastische Reduzierung der Flächenversiegelung und mehr Einsatz für den Artenschutz sowie das für die Kessellage von Mainz dringend notwendige Freihalten der Frischluftkorridore von jeglicher Bebauung.

VERKEHR

In der Stadtverwaltung soll eine neue Personalstelle für einen Mobilitätsmanager in Mainz geschaffen werden. Er soll dafür sorgen, dass die Verkehrsarten des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger, Car-Sharing) gestärkt werden und die für diese Verkehrsmittel vorhandene Infrastruktur instandgehalten und erweitert wird. Wir brauchen mehr fußgängerfreundliche Straßenführungen, Ampelschaltungen und kurze direkte Wege.

Sämtliche Fußwege sind hierauf systematisch zu überprüfen und zu verbessern.

Wir setzen uns für den Bau von kleineren Park-and-Ride-Anlagen in den größeren Gemeinden Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer Stadtverkehrs ein. Gleichzeitig sollten Park-and-Ride-Anlagen in Weisenau und im Bereich des Lerchenberger Kreisels geschaffen werden. Der Individualverkehr in der Innenstadt muss mittelfristig deutlich reduziert werden.

In den Mainzer Stadtteilen, vor allem in den Wohngebieten, muss Tempo 30 km/h auch durch verstärkte Kontrollen eingehalten werden. Durchgangsverkehr ist zu vermeiden. Der Schwerlastverkehr ist besonders aus den engen Ortskernen der Vororte und aus Wohnstraßen herauszuhalten. Die geplante Schiffsliegestelle und den Autoabsetzplatz an der Südmole des Zoll- und Binnenhafens und entlang der Taunusstraße in der Neustadt lehnen wir ab, weil es an dieser Stelle dadurch zu unzumutbaren Lärm- und Schadstoffbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner kommt.

Für Weisenau, Marienborn, Finthen, Gonsenheim und Mombach sind effektive, umweltverträgliche Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen der A 60/A 63 und der A 643 zu schaffen. Dazu zählt auch die kurzfristig umsetzbare Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h entlang der Wohngebiete. Wir setzen uns für die Einhausung des Autobahnabschnitts bei Marienborn im Zuge des Ausbaus der A 60 ein.

WETTEREXTREME

Städte sind durch Extremwetter besonders verwundbar. Aufgeheizter Beton und Teer und dazu die durch Bebauung beeinträchtigte Frischluftzufuhr halten die Hitze auch nachts in der

Stadt. Starke Versiegelung und zu wenig Stadtgrün begünstigen Überflutungen bei Starkregen.

In Mainz sind jetzt schon mehr als 32% der Flächen versiegelt. Die Stadt muss den Schutz vor Überhitzung und Überflutung darum besonders ernst nehmen. Wir fordern die drastische Reduzierung der Flächenversiegelung und das für die Kessellage von Mainz dringend notwendige Freihalten der Frischluftkorridore von jeglicher Bebauung. Die ÖDP beantragte im September 2018 im Stadtrat einen „Städtebaulichen Rahmenplan Klimaanpassung“ und zusätzlich einen Hitzeaktionsplan, der die Menschen in Mainz bei künftigen Hitzeperioden schützen soll (siehe auch unter Umwelt). Auch wenn der Stadtrat immer noch keine Notwendigkeit für diese Maßnahmen sieht, beharren wir hartnäckig auf unserer Forderung.

Bereits Ende 2013 hatte die ÖDP den Antrag „Cool City“ in den Stadtrat eingebracht. Wir hätten längst so manchen Bauriegel verhindern, Hinterhöfe begrünen, die Grünsatzung aktualisieren und eine entsprechende Monitoringstelle schaffen können, wenn nicht CDU, SPD, FDP und selbst die Grünen unseren Antrag ausgebremst hätten.

WIRTSCHAFT

Wir fordern, das Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernat zum Dezernat für Arbeit und Wirtschaft umzuorganisieren. Generell muss dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaftsförderung in Mainz personell besser aufgestellt wird. Aktuell gibt es für diesen Aufgabenbereich nur vier Stellen, Wiesbaden hat beispielsweise dafür 14 Stellen.

Es ist Flächenmanagement für Gewerbegebiete aufzubauen, das vorhandene Flächenpotenziale analysiert und künftigen Gewerbeflächenbedarf ermittelt. Es sollen Nachverdichtungspotenziale von bestehenden Gewerbegebieten analysiert und die

Entwicklung neuer Gewerbeflächen durch größere Flächeneffizienz flächenschonend gestaltet werden (Brachflächen, Leerstände, ungenutzte Grundstücke). Außerdem ist bei der Ansiedlung von Gewerbe darauf zu achten, dass ein gutes Verhältnis von geschaffenen Arbeitsplätzen zum Flächenverbrauch erzielt wird. Die Leerstände von Geschäfts- und Gewerberäumen in der Innenstadt sind durch eine aktive Vermarktungs- und Vermittlungspolitik durch das Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernat zu minimieren.

Das gesamte Stadtgebiet muss mit schnellem kabelgebundenem Internet ausgestattet werden. Hier sind die Anstrengungen im Dezernat zu verstärken.

Im Rahmen eines funktionierenden Sozialpakts sollte der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt werden. Er befindet sich derzeit in Mainz auf dem höchsten Niveau aller Städte in Rheinland-Pfalz. Kleinbetriebe und Mittelstand werden durch eine Senkung gestärkt, dies wiederum kommt dem Arbeitsmarkt zugute. Damit würde die Stadt bei den Sozialausgaben entlastet.

Wir bekennen uns zum Medienstandort Mainz. Dieser muss weiter ausgebaut und attraktiver gestaltet werden. Dabei genießt die Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks eine besondere Priorität. Wir schlagen die Errichtung einer Medienhochschule unter Einbeziehung der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich vor.

Wissenschaftliche Stadtbibliothek und Stadtarchiv

Die ÖDP hat sich 2011 massiv gegen die damals geplante Zerschlagung der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek durch die Ampelkoalition im Mainzer Stadtrat positioniert. Dank einer von vielen Mainzer Bürgerinnen und Bürgern mit regionalen und überregionalen Vertretern der Forschung unterstützten Petition konnte die Institution erhalten bleiben. Dennoch kam es mit Beitritt der Stadt zum Kommunalen Entschuldungsfonds zu

kontinuierlichem Personalabbau und zu erheblichen Mittelreduzierungen. Dies hat den Charakter der Bibliothek, ihre Zugangsmöglichkeiten wie auch die inhaltliche Attraktivität der Kultureinrichtung für die allgemeine Nutzung, Forschung und Lehre spürbar verändert. Aus Sicht der ÖDP ist dies eine skandalöse Entwicklung für die Stadt Gutenbergs und ein Armutszeugnis für die „Wissenschaftsstadt Mainz“.

Der unübersehbare Sanierungsstau im historischen Gebäude Rheinallee 3 B für die beiden kulturellen Gedächtniseinrichtungen Stadtarchiv und Stadtbibliothek muss im Rahmen eines stadtweiten Sanierungskonzepts für alle städtischen Gebäude verstärkt in den Blick genommen werden. Schönheitsreparaturen allein können die Mängel nicht auf Dauer beheben.

Die Planungen für den Neubau der Universitätsbibliothek haben begonnen. Das Gutachten des Wissenschaftsrats vom 25. Januar 2019 streift auch den Gedanken einer Integration der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek in den Neubau. Wir fordern hierzu von der Stadt eine klare Positionierung. Wünschenswertes Ziel wäre die Errichtung eines „Historischen Zentrums“ für den handschriftlichen und gedruckten Buchbestand beider Bibliothekssysteme vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert.

WOHNUNGSBAU

Trotz der überbordenden Bautätigkeit in der Stadt sind die Durchschnittsmieten in Mainz seit 2005 um weit über 40% gestiegen. Bezahlbare Wohnungen sind mehr denn je Mangelware, auch der Erwerb von Wohnungseigentum ist kaum bezahlbar. Vor allem Familien und Senioren werden zunehmend aus Mainz herausgedrängt, weil sie keinen geeigneten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum mehr finden.

Preisgünstige Mietwohnungen sind fast nur noch im Wohnungsbestand zu finden. Hier gilt es – auch im Hinblick auf die

Auswirkungen auf den Mietspiegel – neben Neubau von preisgünstigem Wohnraum auch den Bestand an preisgünstigem Wohnraum durch geeignete Satzungen zu erhalten und nur nach Bedarf zu modernisieren. Das Umkrepeln und Nachverdichten gewachsener Wohngebiete unter dem Namen der sogenannten Aufwertung zerstört soziale Strukturen, hebt die Vergleichsmieten, und vertreibt die Mieter, die sich all dies nicht mehr leisten können. Die Stadt sollte im Einzelfall auch bei drohender Luxussanierung oder Umwandlung in Eigentum von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

Bezahlbare Wohnprojekte hängen ganz wesentlich von der Höhe der Grundstückskosten ab. Die ÖDP fordert daher wirksame Maßnahmen gegen die Bodenspekulation z. B. durch eine aktive Bodenbevorratung und die Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts. Wir setzen uns für bezahlbare Wohnungen für alle ein, anstatt für Investorenparcs, die den Mietpreisspiegel in die Höhe treiben. Notwendig sind flächendeckende Bebauungspläne, in denen Mietwohnungsbau und Förderquoten festgelegt werden können.

Um einer weiteren Versiegelung von Flächen entgegenzuwirken, sollten neue Wohnquartiere primär auf bereits versiegelten Flächen realisiert werden.

Der Hebesatz für die Grundsteuer darf nicht weiter gehöhrt werden.

ZENTRENKONZEPT

Die ÖDP steht nach wie vor zum Zentrenkonzept. Wir können nicht verantworten, dass der innerstädtische Einzelhandel außer durch den Onlinehandel zusätzlich auch durch ein breites Einkaufsangebot auf der grünen Wiese gefährdet wird. Umsatzverluste würden Geschäftsaufgaben nach sich ziehen, die Mainzer Innenstadt würde bereichsweise veröden und wäre in ihrer

Bedeutung als derzeit herausragender Einzelhandelsstandort und Oberzentrum in jeder Hinsicht gefährdet.

Wir können uns nicht mehr erlauben, die Landschaft durch weitere Einkaufszentren außerhalb der Stadt zu versiegeln und zusätzlich den damit einhergehenden motorisierten Individualverkehr zu fördern.